



Editorial

Man fragt sich, ob sich die Verantwortlichen in der EU allen Konsequenzen ihres Tuns bewusst sind. Sie wollen doch tatsächlich fortfahren, Erweiterung und Vertiefung gleichzeitig zu managen, obwohl sich die Anzeichen für ein Scheitern mehren. So hat der Wim-Kok-Bericht vom November letzten Jahre deutlich gemacht, dass die Lissabon-Ziele mit dieser Kombination nicht erreicht werden können. Bekanntlich hatte der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen in Lissabon im März 2000 beschlossen, die Union bis zum Jahre 2010 zur wettbewerbsstärksten Wirtschaftsregion in der Welt zu machen. Bereits die alte EU-15 hat die meisten Zwischenziele verfehlt. Noch weiter entrücken die Ziele, wenn die EU-25 berücksichtigt wird. Nun hat das Parlament endgültig für die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die Union 2007 votiert. Dem Westbalkan und Serbien/Montenegro werden eine Beitrittsoption bis 2014 offeriert. Da stehen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an, und der Beitrittsantrag der Ukraine ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die Europäische Kommission sieht die mangelnde Bereitschaft der Nationalstaaten, noch mehr Souveränität aufzugeben, als Haupthindernis für die Erfolge einer weiteren Vertiefung. Der Widerstand wird noch wachsen mit der Zahl der Länder, die auf unterschiedlichem wirtschaftlichen Niveau und mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund in die EU aufgenommen werden.

Aus ökonomischer Sicht sind die Wohlfahrtseffekte einer Kombination aus Vertiefung und Erweiterung spekulativ, wenn alle diese Unterschiede berücksichtigt werden. Es besteht die Gefahr, dass die EU zu einer Verteilungsunion mutiert, die Einkommensunterschiede und Standortnachteile mit großzügigen Transfers kompensiert. Es käme zu einer strategischen Überdehnung der Union, d. h. zu einem Konflikt zwischen Zielen und Instrumenten.

Die spekulativen Kapitalzuflüsse in die neuen Mitgliedsländer steigen bereits, wie der Bericht über die ersten Beitrittseffekte in dieser Zeitschrift zeigt. Politische Erschütterungen in der Union, wie z. B. ein Scheitern des Verfassungsreferendums in Frankreich, können dann leicht spekulative Attacken gegen die Währungen der neuen Mitgliedsländer auslösen.

Die Union steht vor einer größeren Revision ihrer Ziele und Instrumente. Sie hat sich politisch auf Erweiterungen festgelegt. Dann ist es aber sinnvoll, das Tempo einer weiteren Vertiefung, d. h. einer Beschränkung nationalstaatlicher Souveränität, zu drosseln. Es macht zum Beispiel wenig Sinn, zukünftige Mitgliedsländer wie Rumänien oder die Türkei zu zwingen, den Euro zu übernehmen.

*Hubert Gabrisch
Leiter der Abteilung Mittel- und Osteuropa*